

Publikationsserver des Leibniz-Zentrums für  
Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.

Digitale Reprints



Leibniz-Zentrum für  
Zeithistorische  
Forschung Potsdam

Felix A. Jiménez Botta

## Solidarität und Menschenrechte.

Amnesty International, die westdeutsche Linke und die argentinische  
Militärjunta, 1975–1983

DOI: 10.14765/zzf.dok-2699

In: Frank Bösch, Caroline Moine und Stefanie Senger (Hg.), Internationale Solidarität.  
Globales Engagement in der Bundesrepublik und der DDR, Göttingen 2018, S. 122–151.

DOI (Band): 10.14765/zzf.dok-2694

Digitaler Reprint des ursprünglich in der ZZF Schriftenreihe **Geschichte der Gegenwart** im  
Wallstein Verlag im September 2018 erschienenen Sammelbandes:

<https://www.wallstein-verlag.de/9783835332089-internationale-solidaritaet.html>

Copyright © 2024 - Dieser Text wird veröffentlicht unter der Lizenz Creative Commons BY-SA 4.0 International.  
Eine Nutzung ist für nicht-kommerzielle Zwecke in unveränderter Form unter Angabe des Autors bzw. der  
Autorin und der Quelle zulässig. Im Artikel enthaltene Abbildungen und andere Materialien werden von  
dieser Lizenz nicht erfasst.



10.14765/zzf.dok-2699

# GESCHICHTE DER GEGENWART

Herausgegeben von  
Frank Bösch und Martin Sabrow

Band 18

## Inhalt

FRANK BÖSCH Internationale Solidarität im geteilten Deutschland. Konzepte und Praktiken . . . . .	7
CHRISTIAN HELM Reisen für die Revolution. Solidaritätsbrigaden als Praktik transnationaler Solidarität zwischen der Bundesrepublik und dem sandinistischen Nicaragua . . . . .	35
STEFANIE SENGER Getrennte Solidarität? West- und ostdeutsches Engagement für Nicaragua Sandinista in den 1980er Jahren . . . . .	64
CAROLINE MOINE Christliche Solidarität mit Chile. Helmut Frenz und der transnationale Einsatz für Menschenrechte nach 1973 . . . . .	93
FELIX A. JIMÉNEZ BOTTA Solidarität und Menschenrechte. Amnesty International, die westdeutsche Linke und die argentinische Militärjunta, 1975-1983. . . . .	122
ERIC BURTON Solidarität und ihre Grenzen. Die »Brigaden der Freundschaft« der DDR . . . . .	152
ANJA SCHADE Solidarität und Alltag der DDR aus der Sicht exilierter Mitglieder des African National Congress . . . . .	186

SOPHIE LORENZ

»Schwarze Schwester Angela«.

»Rot-schwarze« Verbundenheitsvorstellungen und die  
DDR-Solidaritätskampagne für Angela Davis . . . . . 209

KIM CHRISTIAENS

Europa als »Dritte Welt«.

Europäische Perspektiven auf globalen Aktivismus  
während des Kalten Krieges . . . . . 235

Verzeichnis der Autorinnen und Autoren . . . . . 263

## Solidarität und Menschenrechte

Amnesty International, die westdeutsche Linke  
und die argentinische Militärjunta, 1975-1983

FELIX A. JIMÉNEZ BOTTA

Im Frühling 1978 schrieb ein in Hamburg ansässiger Argentinier einen frustrierten Bericht über die westdeutsche Solidarität mit seinem Land. Die »Solidarität mit Argentinien ist sehr schwach und wenig entwickelt«, konstatierte Mario Weitmann.<sup>1</sup> Ein »Vergleich zu Chile oder Vietnam ist absurd«. Als Trotzist war Weitmanns Konzept von Solidarität durchaus eng: Für ihn war Solidarität verknüpft mit den Massendemonstrationen gegen den Vietnamkrieg in den 1960er Jahren oder den politischen Solidaritätskundgebungen gegen die chilenische Militärjunta in den frühen 1970er Jahren. Gegen den »schmutzigen Krieg« der argentinischen Streitkräfte gegen die Linke waren keine großen Kundgebungen in der Bundesrepublik Deutschland ausgerufen worden. Nach Weitmanns Ansicht hatten sich lediglich Gruppen von Aktivisten zusammengefunden, die mit ganz anderen Mitteln agierten und mit menschenrechtsbasierten Argumenten ihren Einsatz begründeten – also nur »petites bourgeois«, die keine sozialistische Ausrichtung besaßen und daher als sektiererische Elemente zu betrachten seien.

Weitmanns Haltung zeugt von einer wichtigen Wandlung, die in der westdeutschen Solidaritätsbewegung Mitte der 1970er Jahre stattfand. Damals zogen sich zahlreiche westdeutsche Solidaritätsaktivisten von den Straßen zurück und begannen sich anderweitig für die Probleme der »Dritten Welt« zu engagieren. Nicht länger war eine Revolution von zentraler Bedeutung oder gar der wichtigste Anspruch. Vielmehr erlangten Menschenrechte einen wichtigen Platz in der Argumentation linker Aktivisten. Trotz der Opposition der immer kleiner werdenden autoritären Kommunistischen Gruppen (K-Gruppen) entwickelte sich der Menschenrechtsaktivismus zur Alternative zum revolutionären Internationalismus der früheren Jahre. Diese Entwicklung zeichnete sich bereits in der Chile-Solidaritätsbewegung ab, erreichte ihren Höhepunkt aber in der Mobilisierung gegen die Gewaltherrschaft des argentinischen Militärs. In diesem Artikel wird untersucht, weshalb dieser Wandel

<sup>1</sup> Mario Weitmann: Los fundamentos o el marco de solidaridad con el pueblo argentino, 1978, in: Ordner Argentinien Solidarität, 1976-1977, Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL), Berlin.

innerhalb der Solidaritätskampagne für Argentinien zwischen 1975 und 1983 stattfand, wie er sich vollzog und welchen Einfluss dies auf die Haltung der Bundesregierung gegenüber Argentinien hatte.

Die deutsche Bundesregierung befürwortete lange die Bekämpfung der Regimegegner durch die argentinischen Streitkräfte, wie dieser Artikel auch anhand von Akten des Auswärtigen Amtes belegt. Um diesen außenpolitischen Kurs zu ändern, so meine These, eigneten sich die linken Argentinien-Aktivist\*innen Menschenrechtsdiskurse an und arbeiteten intensiv mit Amnesty International zusammen. Die Kampagne war demnach eines der frühen Beispiele, bei denen Menschenrechtsargumentationen im linksgerichteten Milieu Westdeutschlands als Hauptlogan auftauchten. Allerdings kam die Benutzung der Menschenrechtssprache durch linke Aktivist\*innen fast ausschließlich Amnesty International zugute, weswegen sich ihre Wege in den 1980er Jahren trennten.

Dieser Befund deckt sich nur bedingt mit der Historiographie der Menschenrechte. Samuel Moyn zufolge gab es 1977 eine definitive Hinwendung zu den Menschenrechten in Europa und in Amerika, weil Menschen eine neue Utopie benötigten.<sup>2</sup> Jan Eckel argumentiert ebenso für die Zentralität der 1970er Jahre bei der Entstehung eines weltweiten Menschenrechtssystems.<sup>3</sup> Stefan-Ludwig Hoffmann hat allerdings die Frage aufgeworfen, ob die 1970er Jahre wirklich für diese These dienlich seien. Seiner Meinung nach war das Konzept der Menschenrechte in den 1970er und 1980er Jahre zu sehr mit anderen Bedeutungen vermischt, so dass die beiden Jahrzehnte wohl kaum als »Durchbruch« eines Menschenrechtsverständnisses angesehen werden dürften, das die supranationalen Rechte des Individuums über die souveränen Rechte der Staaten hervorhebt. Denn,

in the 1970s and 1980s ›human rights‹ coexisted und overlapped with other moral and political idioms like ›solidarity‹ and included competing notions of rights, which were in many ways still indebted to the legacies of socialism and anti-colonialism, as in, for example, the transnational movement against apartheid.<sup>4</sup>

2 Siehe Samuel Moyn: *The Last Utopia: Human Rights in History*, Cambridge, Mass. 2010; Ders.: *The 1970s as a Turning Point in Human Rights History*, in: Jan Eckel/Ders. (Hg.): *The Breakthrough: Human Rights in the 1970s*, Cambridge 2014, S. 1-14.

3 Vgl. Jan Eckel: *The Rebirth of Politics from the Spirit of Morality: Explaining the Human Rights Revolution of the 1970s*, in: Eckel/Moyn (Hg.): *The Breakthrough*, S. 227-259.

4 Stefan-Ludwig Hoffmann: *Human Rights and History*, in: *Past and Present* 232 (2016), S. 279-310, hier S. 282.

Daher sieht Hoffmann in der Zeit nach 1990 den eigentlichen Durchbruch der liberalen Menschenrechtssprache in der Weltpolitik. Allerdings vermeidet er eine strikte Trennung der Zeit vor sowie nach dieser Zäsur und versucht dagegen die Menschenrechtsforschung auszudehnen, insbesondere auf das 19. Jahrhundert.

Dieser Artikel hat nicht das Ziel, einen präzisen Durchbruch der Menschenrechte in der westdeutschen Linken festzustellen. Er folgt insbesondere Robert Briers Plädoyer gegen die Suche nach einem bestimmten Anfangspunkt in der Historiographie. Er teilt auch Hoffmanns Ansicht, dass Menschenrechtsargumente mit anderen koexistierten, was die von Moyn postulierte »Wende« von 1977 infrage stellt.<sup>5</sup> Bei vielen Aktivisten bedeuteten der Gebrauch von Menschenrechtsbegriffen oder eine Verbindung mit Amnesty International keineswegs eine Aufgabe revolutionärer Träume oder gar einen ideologischen Wechsel vom Sozialismus zum Liberalismus, oder wie Patrick Merziger meint, eine definitive Wendung zum »humanitarianism« im Jahr 1979.<sup>6</sup> Für viele in der Argentinienkampagne waren menschenrechtliche Rhetorik und eine Assoziierung mit Amnesty durchaus kompatibel mit den Träumen von einem sozialistischen Argentinien.

Bei anderen Aktivisten, insbesondere langjährigen Amnesty-Mitgliedern, war der Gebrauch der Menschenrechtssprache seit längerem üblich. Erst mit der Argentinienkampagne konnten sie sich von konkurrierenden Richtungen in der Solidaritätsbewegung abheben. Amnesty International wurde seitens des Auswärtigen Amtes und konservativer Kreise als linkslastig eingeschätzt, trotz seiner neutralen Menschenrechtssprache und Kritik von Menschenrechtsverletzungen sowohl in der »Dritten Welt« als auch im Westen wie im Osten. Nichtsdestotrotz konnten sich Behörden Menschenrechtsargumenten nicht komplett widersetzen. Die Akzeptanz von Menschenrechtsargumenten in der Bundesregierung, wengleich zögernd, öffnete linken Aktivisten Türen, die sonst verschlossen geblieben wären. Somit spielte die Menschenrechtssprache eine ähnliche Rolle wie die Umweltschutzrhetorik. Auch sie war eine neutrale Sprache, die pragmatische Allianzen und neue Kommunikationskanäle ermöglichte, ohne dass die Aktivisten ihre politischen Überzeugungen

5 Vgl. Robert Brier: Beyond the Quest for a »Breakthrough«: Reflections on the Recent Historiography on Human Rights, in: Jahrbuch für Europäische Geschichte/ Yearbook for European History 16 (2016), S. 155-173.

6 Patrick Merziger: The »Radical Humanism« of »Cap Anamur«/»German Emergency Doctors« in the 1980s: A Turning Point for the Idea, Practice and Policy of Humanitarian Aid, in: European Review of History/Revue Européenne d'histoire 23,1-2 (2016), S. 171-192, hier S. 174.

verraten mussten – obgleich diese sehr oft in andere Richtungen gelenkt wurden.<sup>7</sup>

### *Bundesdeutsche Reaktionen auf den Militärputsch*

Der »Kalte Krieg« in Lateinamerika war auf vielfache Art und Weise eine ziemlich »heiße« und blutige Auseinandersetzung zwischen Linken, Liberalen und Rechten. Argentinien war eines der Länder, die am schwersten von diesen Konfrontationen in den 70er Jahren heimgesucht wurden. Von 1976 bis 1983 kostete hier das Vorgehen der argentinischen Militärjunta, getragen von rechten Politikern und Gewerkschaftsführern, gegen die »linke Subversion« bis zu 30.000 Opfer. Allerdings wurde der Konflikt nicht, anders als in Pinochets Chile, bei Tageslicht und vor den Fernsehkameras ausgetragen, sondern heimlich in Folterkellern und Wehrkasernen.<sup>8</sup>

Den Fehler der Chilenen, die das Land seit dem Putsch von 1973 zu einem internationalen Pariastaat und zur Zielscheibe internationaler Kritik gemacht hatten, wollte die argentinische Militärregierung möglichst vermeiden.<sup>9</sup> Der Chef der Militärjunta, Heeresgeneral Jorge Rafael Videla, wollte nicht als »Falke«, sondern als »Tauben« wahrgenommen werden, der einzig sein Land vom linken Terrorismus und peronistischen Populismus befreien und den Weg zu einer Marktwirtschaft ebnen wollte.<sup>10</sup>

Diese Strategie war in den ersten Monaten seit der Machtergreifung am 24. März 1976 durchaus erfolgreich. In der Bundesrepublik reagierte die mediale Berichterstattung mit Gelassenheit auf die Nachricht vom Sturz der Regierung von Isabel Perón. Nicht nur konservative Zeitungen wie die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* strotzten vor Optimismus hinsichtlich Argentiniens wirtschaftlicher und politischer Zukunft. Auch die

7 Vgl. Stephen Milder: *Greening Democracy: The Anti-Nuclear Movement in West Germany and Beyond, 1968-1983*, Cambridge 2017.

8 Siehe Hal Brands: *Latin America's Cold War*, Cambridge, Mass. 2010, Kap. 4. Die Zahl der Toten ist noch umstritten. 30.000 ist die von Menschenrechtsgruppen angegebene Höchstzahl. Siehe: Emilio Crenzel: *Toward a History of the Memory of Political Violence and the Disappeared in Argentina*, in: Eugenia Allier/Ders.: *The Struggle for Memory in Latin America: Recent History and Political Violence*, New York 2015, S. 15-33.

9 Zu Chile siehe Jan Eckel: »Under a Magnifying Glass«. *The International Human Rights Campaign against Chile in the Seventies*, in: Stefan-Ludwig Hoffmann (Hg.): *Human Rights in the Twentieth Century*, Cambridge 2011, S. 321-341.

10 Zu den Ansichten der Militärjunta und General Videla siehe: Marcos Novaro/Vicente Palermo: *La Dictadura Militar (1976-1983): Del Golpe de Estado a la Restauración Democrática*, Barcelona 2003.

sozialdemokratisch orientierte *Frankfurter Rundschau* zeigte wenig von dem Pathos, den man in ihren Artikeln zum Militärputsch in Chile 1973 hatte herauslesen können.<sup>11</sup> Überhaupt hatte sich die Berichterstattung im Vergleich zu der negativen und emotionsgeladenen Reaktion auf den chilenischen Putsch weniger als drei Jahre zuvor deutlich gewandelt. Der ehemalige Bischof der Lutherischen Kirche in Chile, Helmut Frenz, war Ende 1975 von der chilenischen Junta aufgrund seiner Menschenrechtstätigkeit verbannt worden. 1976 zeigte er sich »erschrocken« darüber, »wie ahnungslos in der deutschen Öffentlichkeit dieser Putsch in Argentinien kommentiert wird, als wäre dort weiter nichts Schlimmes geschehen, als hätte man dort nur größeres Chaos vermieden«.<sup>12</sup>

Die westdeutsche Linke war dagegen wie gelähmt angesichts der Situation in Argentinien. Das lose Bündnis gegen die chilenische Militärjunta hatte sich zwischen 1975 und 1976 aufgrund zahlreicher interner Streitereien aufgelöst.<sup>13</sup> Kommunisten, die sich nach der Politik Moskaus und Ost-Berlins richteten, waren an die kooperative Außenpolitik des Ostblocks gegenüber Buenos Aires gebunden. Insbesondere für die DDR galt General Videla als ein Gemäßigter, der unterstützt werden musste, um einen gefürchteten Rechtsruck zu verhindern. Für die Sowjetunion war Argentinien ein nicht zu unterschätzender Handelspartner.<sup>14</sup>

Für alle anderen war es schwer, die Situation eines unbekanntes Landes mit komplizierten politischen Verhältnissen zu bewerten. Eine Sondernummer der linken West-Berliner Schrift *Chile-Nachrichten* versuchte mit einer grundlegenden Analyse der Hintergründe des Putsches dieses scheinbare Desinteresse des linken Spektrums zu erklären:

Der Putsch in Argentinien richtete sich gegen ein scheinparlamentarisches Regime, das institutionell, politisch und repressiv nicht mehr in der Lage war, die Interessen der herrschenden Klassen und des Auslandskapitals wahrzunehmen, das jegliche Repräsentativität und

11 Die argentinische Junta festigt ihre Macht: Linksextreme Parteien verboten, in: FAZ, 27.3.1976; Romeo Rey: Ende einer Legende, in: Frankfurter Rundschau, 26.3.1976.

12 Manche Kirchen scheuen sich vor der Chile-Solidarität: Interview mit Bischof Frenz in Westberlin, in: Berliner Extradienst, 13.4.1976.

13 Vgl. Georg Dufner: West Germany: Professions of Political Faith, the Solidarity Movement and New Left Imaginaries, in: Kim Christiaens/Idesbald Goddeeris/Magaly Rodriguez Garcia (Hg.): European Solidarity with Chile, 1970s–1980s, Frankfurt/M. 2014, S. 163–186.

14 Vgl. Angela Abmeier: Kalte Krieger am Rio de la Plata? Die beiden deutschen Staaten und die argentinische Militärdiktatur (1976–1983), Düsseldorf 2017, S. 65–67.

Legitimation verloren hatte, aber ideologisch den putschenden Militärs sehr nahe stand.<sup>15</sup>

Anders als nach dem Sturz des demokratisch gewählten Salvador Allende in Chile 1973 war die deutsche Linke nicht geneigt, das gefallene Regime unter Perón zu unterstützen.

Die Situation in Argentinien wurde jedoch nicht komplett ignoriert. Eine, wenn auch kleine, Gemeinschaft von Aktivisten kannte die Probleme des Landes. Diese Gruppen hatten sich bereits 1974, als die erste große Repressionswelle noch vor dem Putsch ausbrach, mit Appellen gemeldet und Briefe an bundesdeutsche Stellen verschickt. Diese lose Bewegung war höchst heterogen und speiste sich hauptsächlich aus Komitees, die sich bereits für Chile formiert und ihr Arbeitsfeld erweitert hatten, als klar wurde, dass die Probleme Chiles ganz Lateinamerika betrafen.<sup>16</sup> Eine der ersten Gruppen, welche die argentinischen Verhältnisse sogar noch vor dem Putsch geißelten, bildete sich aus lateinamerikanischen studentischen Kreisen und ihren deutschen Kommilitonen. Einige der noch bestehenden Chile-Komitees engagierten sich nun auch für Argentinien, ebenso kirchliche Gruppen, die sich ohnehin mit lateinamerikanischen Menschenrechtsverletzungen befassten. Diese Gruppen verwendeten verschiedene Diskurse, die zwischen sozialistischer Solidarität und einem politisch neutralen Menschenrechtsdiskurs rangierten. Eine führende Rolle in der Argentinienmobilisierung nahm im besonderem Maße Amnesty International ein. Anders als in der viel größeren Solidaritätsbewegung für Chile, musste Amnesty nicht länger das Feld mit einer Vielzahl von Solidaritätsgruppen teilen. Auch dank ihres wachsenden Ansehens weltweit und ihrer zunehmenden Größe in der internationalen Amnesty Bewegung – 1976 gab es bereits 520 aktive Bezirke mit 6000 Mitgliedern bundesweit – erlangte die deutsche Sektion Amnesty eine führende Rolle in der Argentinienbewegung der Bundesrepublik, wenn nicht sogar weltweit.<sup>17</sup>

Die lateinamerikanische Studentengemeinschaft *Asociación de Estudiantes Latinoamericanos* (AELA) der Universität Heidelberg begann bereits im November 1975, auf die Militäraktion der argentinischen Streitkräfte, gegen das *Revolutionäre Volksheer* (Ejército Revolucionario del Pueblo, ERP), eine gewaltbereite und von Che Guevaras »Foco-Theorie« inspirierte trotzkistische Guerrillagruppe, in den Bergen der Provinz Tucumán

15 Ein Jahr Militärdiktatur, Argentinien, in: Sondernummer der Chile-Nachrichten, 24.3.1977, S. 4.

16 Vgl. Editorial: Lateinamerikaarbeit, in: Chile-Nachrichten, Nr. 39 (1976), S. 3.

17 Vgl. Thomas Claudius/Franz Stepan: Amnesty International: Portrait einer Organisation, München/Wien 1977, S. 217-220.

hinzuweisen. Dabei sympathisierten die linksgerichteten Heidelberger Studenten offenkundig mit dem ERP. Sie betrachteten die gewaltsame Auseinandersetzung in Tucumán als Ausdruck des »entschlossenen Kampf[es] des heldenhaften Volkes [...] gegen die proimperialistische Regierung« und verstanden ihr Engagement als einen Lernprozess aus der Chile-Solidarität. Nicht länger sollten Linke »eine neue Niederlage des Proletariats und des Volkes abwarten, um uns dann zu solidarisieren«, sondern »wir müssen uns jetzt mit denen, die kämpfen, mit denen, die auf dem Weg zum Sozialismus voranschreiten, solidarisieren«. Daher galt es als »unerlässlich«, die deutsche Öffentlichkeit über die Gewalt der argentinischen Regierung zu informieren und implizit die ERP-Kämpfer ausschließlich als Opfer darzustellen. Eine »Kampagne gegen die Repression in Tucumán« wurde als Ausdruck »praktischer Solidarität« gesehen, denn »jeder Protest, jede Postkarte oder Unterschriftenliste gegen die argentinische Regierung wird mindestens in dem Monatsbericht des Botschafters an den Außenminister in Buenos Aires erwähnt werden«. Die Studenten hofften, durch eine »Welle des Protestes« Argentinien zu einem ähnlichen Pariastaat zu machen wie Chile.<sup>18</sup> Die »Welle des Protestes« kam nicht – weder in der Öffentlichkeit noch in der Politik. Zum einen war durch die lange Protestbewegung gegen die chilenischen Militärs sicherlich ein Stück Verdrossenheit im Spiel. Zum anderen lag es an der Tatsache, dass das ERP eine gewaltbereite Organisation war. Aufgrund der zeitgleichen Terroraktionen der Roten Armee Fraktion (RAF) stieß die Solidarisierung mit gewaltbereiten Befreiungsbewegungen in Argentinien bei der Mehrheit der westdeutschen Gesellschaft nicht auf Begeisterung, geschweige denn bei den bundesdeutschen Behörden oder Parteien.

Die SPD hatte sich als Regierungspartei unter Willy Brandt stark für Chile engagiert und Waffenverkäufe sowie Entwicklungshilfe an das Pinochet-Regime ausgesetzt. Nach Brandts Rücktritt im Mai 1974 wurde Helmut Schmidt Kanzler. Schmidt hatte wenig übrig für die Lateinamerikasolidarität.<sup>19</sup> Das Auswärtige Amt (AA) strebte eine Normalisierung in den Beziehungen zu Chile an und hatte Anfang 1975 bereits erste Erfolge zu verzeichnen: »Das Klima im gegenseitigen Verhältnis hat sich inzwischen leicht verbessert«, konstatierte ein zufriedener Mitarbeiter des Auswärtigen Amtes, der zugleich empfahl, die »Politik einer internatio-

18 Brief der Estudiantes Latinoamericanos de Heidelberg an »Liebe Freunde und Genossen«, November 1975, in: FDCL Ordner Argentinien Solidarität 1976-1977, S. 2.

19 Siehe Felix A. Jiménez Botta: *The Foreign Policy of State Terrorism: West Germany, the Military Juntas in Chile and Argentina and the Latin American Refugee Crisis of the 1970s*, in: *Contemporary European History* (Februar 2018), S. 1-24.

nen Isolation Chiles« nicht zu unterstützen.<sup>20</sup> Die Bonner Bundespartei-Zentrale im Erich-Ollenhauer-Haus erhielt Solidaritätsbriefe der Hamburger AELA mit der Bitte, sich für entführte Linksaktivisten und Gewerkschaftsführer einzusetzen. Die SPD-Zentrale leitete die Ersuche jedoch lediglich an das AA weiter, wo sie vom sozialdemokratischen Staatsminister Hans-Jürgen Wischniewski mit dem Hinweis, es könne »nur für deutsche Staatsbürger in Argentinien interveniert werden«, beantwortet wurden; dagegen hatte er sich 1973 erfolgreich bei Pinochet für die Freilassung verhafteter Deutscher sowie der führenden Köpfe der *Unidad Popular* eingesetzt.<sup>21</sup>

Am 20. Juni 1976 veröffentlichte der argentinische Poet und Journalist Juan Gelman in der Zeitung *Le Monde* einen Appell gegen die Menschenrechtsverletzungen der Militärjunta in Argentinien, die auch seinen Sohn und seine Tochter entführt hatte. Unterschrieben hatten fast alle Sozialdemokraten Westeuropas: François Mitterrand, Olof Palme, Bruno Kreisky, Anker Jørgensen, Mário Soares, Ron Hayward und Francesco De Martino. Willy Brandt, seinen Mitstreiter in der Sozialistischen Internationale, hatte Gelman nicht gewinnen können. Brandt war von seinem Sekretär von dem Appell informiert worden, behauptete aber im Nachhinein, seine fehlende Unterschrift sei ein Versehen gewesen. Ausschlaggebend waren allerdings eher Bedenken der SPD und des AA gegenüber Gelmans politischer Ausrichtung und Geldgebern. Wie sich herausstellte, war der Exilant Gelman nicht nur Vertreter der *Argentine National Solidarity Commission for the Release of Political Prisoners and against Repression, Torture, Shooting and Kidnapping in Rome*, sondern auch Mitglied der peronistischen Guerrillatruppe *Montoneros* und quasi zuständig für deren Lobbyarbeit in Europa. Das AA warnte fortan noch intensiver vor dem terroristischen Charakter dieser Organisation: »Die Guerrillaaktivitäten der ›Montoneros‹ sind unbestritten. Die Bewegung zeichnet sich bis heute durch [...] Gewaltmaßnahmen und Morde aus.« Jegliche »Aufwertung der ›Montoneros‹ [...] liegt weder im Interesse der

20 Dokument Nr. 301-383.26/I, Betr.: Chile, Bonn 3.6.1975, in: Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA AA) ZA, 101787.

21 Siehe handgeschriebene Notizen des Sekretärs Gerhard Kleipsties im Brief des Hamburger AELAs an die SPD-Partei-Zentrale in Bonn, Betr.: Ex Akte No.1/76 – Entführung von dem Rechtsanwalt Dr. Roberto Quieto, Juli 1976, in: Archiv der Sozialdemokratie, Bonn-Bad Godesberg (AdSD), Akte 12057; Wischniewskis Chile-Reisen werden in seinen Memoiren anschaulich dargestellt, vgl. Hans Jürgen Wischniewski: *Mit Leidenschaft und Augenmaß: In Mogadischu und anderswo. Politische Memoiren*, München 1989, S. 277-281.

deutsch-argentinischen Beziehungen noch in unserem ureigenen nationalen Interesse.«<sup>22</sup>

*Das Auswärtige Amt, die Solidaritäts- und Menschenrechtsbewegung  
und die Fälle verschwundener Deutscher*

Die Haltung der Bundesregierung gegenüber den Geschehnissen in Argentinien resultierte aus den Berichten des AA. Die Botschaft in Buenos Aires vermittelte ein überaus düsteres Bild Argentinien. Schuld an den Unruhen sei vor allem der Linksterrorismus, angeführt von den linksradikalen peronistischen *Montoneros* sowie den Trotzisten des ERP. Deutsche Diplomaten waren einerseits überzeugt von der Notwendigkeit des »anti-terroristischen« Kampfes der argentinischen Streitkräfte. Andererseits wahrten sie eine »diskrete Diplomatie«, um die Misshandlungen deutscher Staatsbürger anzusprechen, ohne die guten Beziehungen zu Argentinien zu beeinträchtigen. Zudem waren sie äußerst misstrauisch gegenüber Menschenrechtsaktivisten, die sie nicht ganz unberechtigt politisch in eine linke Ecke drängten.

Bereits im Sommer 1975 bemängelte Botschafter Jörg Kastl, dass es keine »willensstarken Politiker« gebe, die der Regierung Isabel Peróns »das Heft aus der Hand [...] nehmen« könnten, um die »immer frecheren Herausforderungen der Guerillas und das Schwinden staatlicher Autorität« in den Griff zu bekommen.<sup>23</sup> In ihren monatlichen Berichten an das Bundeskriminalamt in Bonn bezeichnete die Sicherungsgruppe der Botschaft das Vorgehen der Terroristen als »grausam und bestialisch«.<sup>24</sup> Für Kastl war ein rechtzeitiges Eingreifen der Streitkräfte unabdingbar: »In Europa müssen wir uns darüber klar sein«, berichtete er im November 1975, »dass die Demokratie wenigstens für heute ihre Chance in diesem Land verspielt hat [...] Wahrscheinlich ist eine rechtzeitige Machtübernahme durch das Militär die einzige Chance für das Land, über eine schonungslose Kur zu normalen Verhältnissen zurückzukehren«.<sup>25</sup> Als der Putsch dann tatsächlich kam, war der Botschafter überaus froh darüber. Das militärische Eingreifen sei

22 AA (von Haeften) an Parteivorstand der SPD, Abt. Internationale Beziehungen (Kleipsties), 4.8.1977, in: AdSD Bestand SPD-Parteivorstand, Ordner 12053.

23 Botschaft (Kastl) an AA, 9.10.1975, in: PA AA, B33, 102.011.

24 Botschaft (Sicherungsgruppe) an das Bundeskriminalamt, 2.4.1976, in: PA AA, B33 103.578.

25 Botschaft (Kastl) an AA, 13.11.1975, in: PA AA, B 33, 102.011.

der einzig gangbare Ausweg aus dem politischen, wirtschaftlichen und sozialen Chaos, in das Argentinien Unfähigkeit und Korruption des peronistischen Regimes geführt haben. Die Militärs haben die Macht nicht gesucht, sie wurde ihnen aufgedrängt.<sup>26</sup>

Die Militärjunta war für den Botschafter »von hohem sittlichem Ernst, fachlich befähigt und sich [...] voll bewusst, dass mit ihrem Erfolg oder Scheitern das Land am La Plata gefestigter ersteht oder noch tiefer fällt«. <sup>27</sup>

Daher erstaunt es nicht, dass vor allem die Botschaft Versuchen, die Militärs für die Gewalt verantwortlich zu machen, äußerst kritisch gegenüberstand:

Wir schieben leicht Schuld an gegenwärtigem ekelhaftem Schauspiel bürgerkriegsähnlichen Kampfes heutiger Militärregierung in die Schuhe, doch nicht unter ihr verfiel Argentinien in Chaos und Terror [...] Argentinien war Freistätte vieler aus Nachbarländer vertriebener Linkskräfte einschließlich Terroristen und duldet breite marxistische Unterwanderung in alle Bereiche der Gesellschaft.<sup>28</sup>

Die Abneigung deutscher Diplomaten gegenüber Solidaritätsgruppen erstreckte sich auch auf die neutrale und unabhängige Menschenrechtsorganisation Amnesty International, die sich weltweit für die Freilassung politischer Gefangener einsetzte, sich jedoch in den 1970er Jahren ganz stark auf Rechtsdiktaturen in Lateinamerika fokussierte.<sup>29</sup>

Als die argentinische Militärjunta den Kampf gegen ihre Gegner nach dem Putsch intensivierte, erhielt Amnesty immer häufiger extrem verstörende Berichte über Folter, Vergewaltigung und Mord. Amnesty versuchte das AA von der Notwendigkeit zu überzeugen, die Wirtschafts- und Kulturbeziehungen zu Argentinien von der Menschenrechtslage abhängig zu machen. Daran zeigte man im AA nicht nur kein Interesse, man betrachtete den Vorschlag als kontraproduktiv für die deutsche Außenpolitik. Dies erstaunt nicht, da die Schmidt-Genscher-Regierung wenig von einer menschenrechtsbezogenen Außenpolitik hielt. Trotz Kritik der christdemokratischen Opposition war man gegenüber dem Ostblock

26 Botschaft (Kastl) an AA, 2.4.1976, in: PA AA, B 33, 103.579.

27 Botschaft (Kastl) an AA, 29.4.1976, in: PA AA, B 33, 103.579.

28 Botschaft (Kastl) an AA, Betr.: Terror und Gegenterror in Argentinien, 26.8.1976, in: PA AA, B 33, 103.579.

29 Zu Amnesty in den 1970er Jahren siehe Jan Eckel: Die Ambivalenz des Guten: Menschenrechte in der internationalen Politik seit den 1940ern, Göttingen 2014, S. 371-423 (Kindle Loc. 9221-10297).

nicht geneigt, offenkundig Menschenrechtsverletzungen anzuklagen, um die Entspannungspolitik nicht zu beeinträchtigen.<sup>30</sup>

Amnestys Ersuche wurden zunächst als unangebrachte Einmischung in die inneren Probleme Argentiniens abgelehnt. Als die Hartnäckigkeit der Amnesty-Vertreter nicht nachließ, versuchte das AA durch persönliche Gespräche seine Ohnmacht gegenüber der argentinischen Führung zu erläutern. Das Referat 330, das die Beziehungen mit den südlichsten Staaten Südamerikas regelte, erklärte dem Amnesty-Vertreter Konstantin Thun,

dass Argentinien keine nennenswerte Entwicklungshilfe erhalte, der Hermes-Fonds sehr gering sei, die argentinischen Rindfleisch-Importe gestoppt [wurden] und die Wirtschaftsbeziehungen überhaupt darniederliegen.<sup>31</sup>

Dass die Entscheidung, argentinische Rindfleisch-Importe kurzzeitig auszusetzen, von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und nicht von Bonn getroffen wurde, ließ das Referat unerwähnt. Ebenso dass die Hermes-Bürgschaften für Argentinien eigentlich auf zehn Millionen DM nach dem Putsch angehoben worden waren (1977 sogar auf 20 Millionen), dass die Waffenverkäufe an Buenos Aires erheblich gestiegen waren und auch dass sonstige Wirtschaftsverträge mit Argentinien auf der Prioritätenliste des AA an oberster Stelle standen.<sup>32</sup> Das AA riet Amnesty ab, offene Kampagnen für Gefangene der Junta zu starten, weil dies deren Leben »eher gefährden« als »nützen könnte«.<sup>33</sup> Als Amnesty weiterhin auf eine deutsche Reaktion auf die Menschenrechtsverletzungen drängte, verschlechterten sich die Beziehungen. Ein unsignierter Bericht, vermutlich vom Leiter des Referats 330, Karl Alexander Hampe, spricht von der »Aggressivität und Arroganz der Mitglieder von AI« und von der Notwendigkeit, das »Verhältnis zu dieser Organisation zu überdenken«.<sup>34</sup>

30 Matthias Peter: Die Bundesrepublik im KSZE-Prozess 1975-1983: Die Umkehrung der Diplomatie, Berlin 2015, S. 206-211.

31 Karl A. Hampe an Leiter des Ministerbüros, Betr.: Amnesty International und Argentinien, 26.7.1976, in: PA AA, ZA, 103.581.

32 Zu den Wirtschaftsbeziehungen Bundesrepublik-Argentinien siehe Abmeier: Kalte Krieger, S. 104-108, sowie Jiménez Botta: Foreign Policy, S. 19-20. Konstantin Thun veröffentlichte 1985 selbst ein Buch, in dem er argumentierte, die Bundesregierung habe gegenüber Argentinien eine weiche Linie geführt wegen der wirtschaftlichen Verflechtungen und insbesondere der Waffenverkäufe. Siehe Konstantin »Tino« Thun, Menschenrechte und Außenpolitik: Bundesrepublik Deutschland-Argentinien 1976-1983, Bad Honnef 2006 [1985].

33 AA (Eberhard) an Gabrielle Eissenberger, 28.4.1976, in Archiv Grünes Gedächtnis, Berlin (AGG), Ordner Gabi Eissenberger Argentinien.

34 Unsignierter Vermerk [verm. Karl Alexander Hampe], ohne Titel, undatiert [verm. Juli 1976], in: PA AA, ZA, 103.581.

Der Versuch des AA, eine »diskrete Diplomatie« gegenüber der Militärregierung zu führen, wurde durch die Fälle verschwundener Personen mit deutscher oder deutsch-argentinischer Staatsangehörigkeit hart auf die Probe gestellt.<sup>35</sup> Insbesondere die Fälle Klaus Zieschank und Elisabeth Käsemann vertieften aufgrund ihrer medialen Resonanz die Gräben zwischen der Regierung und den Solidaritätsgruppen. Auf der einen Seite musste sich das AA energisch gegen Vorwürfe verteidigen, dass es mit dem Militärregime sympathisiere. Auf der anderen Seite mussten Solidaritätsgruppen wie Amnesty International ihre apolitische Haltung unter Beweis stellen, indem sie vor allem ihre Menschenrechtssprache intensivierten. Die Auseinandersetzung um den Schutz deutscher Staatsbürger in Argentinien ebnete den Weg für eine neue Argumentationsgrundlage.

Der Verlauf der Fälle Zieschank und Käsemann zeigt, wie Aktivisten immer mehr auf Menschenrechtsrhetorik zurückgreifen mussten, um ihre Anliegen vorzutragen. Der in Argentinien geborene 24-jährige Klaus Zieschank hatte auch die deutsche Staatsbürgerschaft. Zieschank wurde am 26. März 1976, nur zwei Tage nach dem Putsch, entführt. Seine Mutter Annemarie beobachtete die Entführung, benachrichtigte die Botschaft und die argentinische Polizei, die tatsächlich bestätigte, dass ihr Sohn verhaftet worden war. In den darauffolgenden Tagen änderten allerdings die Behörden ihre Haltung und wussten plötzlich nichts mehr über Zieschanks Aufenthaltsort. Als auch ein anderer Deutscher, Peter Falk, unter ähnlichen Umständen verschwand, befürchtete Botschafter Kastl das Schlimmste und zeigte sich zunächst entschlossen, die Sache aufzuklären: »Gleich ob beide noch leben oder tot sind, müssen wir noch energischer werden [...], um sie zu retten [und] um andere zukünftige deutsche Opfer der Terrorbekämpfung zu verhindern.«<sup>36</sup>

Zieschanks Kommilitonen an der TU München organisierten unverzüglich eine Kampagne für seine Freilassung. Seine Mutter flog nach Deutschland, um die Kampagne zu unterstützen, die deutschen Bundesbehörden vor Ort zu unterrichten und Druck auszuüben. Die Münchner Studenten sowie zahlreiche andere Allgemeine Studierendenausschüsse (AStA) bundesweit verlangten »entschlossene Proteste bei der argen-

35 Thun gibt eine Liste von 72 Deutschen und Deutschstämmigen an, allerdings wurden nur wenige von ihnen tatsächlich als Deutsche von der Bundesregierung betrachtet. Siehe Thun: Menschenrechte und Außenpolitik, S. 169-175; Sachstand: Menschenrechtsslage in Argentinien, 18.10.1978, in: PA AA, ZA, 111049; Betr.: Verhaftete und vermißte deutsche Staatsangehörige in Argentinien, 20.10.1978, in: Ebd.

36 Botschaft (Kastl) an AA, Betr.: Verschwinden deutscher Staatsangehöriger; hier: 1. Klaus Manfred Zieschank, 2. Peter Falk, 22.4.1976, in: PA AA, B 83, 1139.

tinischen Militärregierung für die sofortige Freilassung unseres Kommilitonen Klaus Manfred Zieschank«. <sup>37</sup> Die Studenten veranstalteten Mahnwachen vor der argentinischen Botschaft und Demonstrationen durch die Bonner Innenstadt. Da ihre Forderungen und ihre offenkundig linke Solidarität erfolglos blieben, gingen die Aktivisten zusammen mit Zieschanks Mutter in einen Hungerstreik, der die Gesundheit der älteren Dame zunehmend beeinträchtigte. Der ganze Vorfall drohte zum Skandal zu werden. <sup>38</sup>

Die Angelegenheit illustrierte das Problem des eingeschränkten Handlungsspielraums im Rahmen der »diskreten Diplomatie«: Im Juli 1976 sprach Staatsminister Karl Moersch bei einem Besuch in Argentinien neben Wirtschaftsfragen auch das Thema der beiden verschwundenen Deutschen an. Dasselbe machte Staatssekretär Hermes bei einem Treffen mit dem argentinischen Wirtschaftsminister José Alfredo Martínez de Hoz. Keiner von beiden hatte Erfolg. Argentinische Regierungsmitglieder und Behörden wiederholten auf alle Anfragen, dass Zieschank und Falk nicht von Staatsorganen aufgegriffen worden seien und man nichts über ihren Verbleib wisse. Ein öffentlicher Protest seitens der Bundesregierung, geschweige denn wirtschaftliche Sanktionen oder der Abzug des Botschaftspersonals, wurde weiterhin von Kastl und vom AA abgelehnt, da die Diplomaten davon ausgingen, dass »die Rechtstaatlichkeit nicht bewusst und nicht von oben gesteuert mißachtet wird«. Aus der Sicht der deutschen Diplomatie durften die bilateralen Beziehungen auf keinen Fall beeinträchtigt werden. <sup>39</sup>

Sämtliche sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten kritisierten, dass das AA unter Hans-Dietrich Genscher (FDP) an der »diskreten Diplomatie« festhielt. 27 Sozialdemokraten unter der Führung Jürgen Vahlbergs schickten ein Protesttelegramm an den argentinischen Botschafter in Bonn, um die Freilassung der beiden zu erwirken. Da auch dies erfolglos blieb, schaltete Vahlberg Bundeskanzler Helmut Schmidt ein. <sup>40</sup> Nur ungern entsprach dieser Vahlbergs Bitte und unterzeichnete am 7. Juli 1976 – fast dreieinhalb Monate nach Zieschanks Verschwinden – einen Brief an Heeresgeneral Videla. Die Wortwahl entsprach immer noch der

37 AstA Gießen an Hans-Dietrich Genscher, 24.6.1976, in: PA AA, B 83, 1139.

38 Vgl. Ulrich Lücke: Im März wurde Klaus Zieschank in Argentinien verhaftet. Die verzweifelte Mutter droht Bonn mit Hungerstreik, in: Die Welt, 22.6.1976; H. Lülhöffel: Fall Zieschank: Bonns Maßnahmen. Das Rätsel des weißen Dreiecks, in: Süddeutsche Zeitung, 31.7.1976; Hungerstreik!! Hungerstreik!! Hungerstreik!! Appell an die Bonner Bevölkerung, Juli 1976, in: PA AA, B 83, 1139.

39 Kastl, Verhältnis der neuen argentinischen Machthaber zum Rechtsstaat, 10.6.1976, in: PA AA, B 83, 1139.

40 Vgl. Jürgen Vahlberg an Helmut Schmidt, 3.6.1976, in: PA AA, B 83, 1139.

»diskreten Diplomatie«, denn die Angelegenheit wurde lediglich als ein »humanitäres Anliegen« bezeichnet, und man erwarte eine Antwort als Zeichen des »guten Willens«. Schmidt mahnte allerdings, dass die Fälle die »freundschaftlichen Beziehungen« belasten würden.<sup>41</sup> Die Antwort Videlas kam einen Monat später. Obwohl der General weiterhin die Verhaftungen leugnete, gab er zu verstehen, dass die beiden linksterroristische Machenschaften zu verantworten hätten.<sup>42</sup> Nachdem ein Kassiber Zieschanks auftauchte, der belegte, dass der junge Mann tatsächlich in den argentinischen Untergrund verwickelt war, machte Kastl eine Kehrtwende und empfahl Schmidt, die Sache sein zu lassen, da Videla »alle [...] Karten auf den Tisch gelegt hat.«<sup>43</sup>

### *Die Wende zu den Menschenrechten in der Argentinienbewegung*

Herkömmliche Argumentationsmuster innerhalb der Solidaritätsbewegung waren, zumindest für Argentinien, unbrauchbar geworden. Dies wird besonders im Falle des Hamburger Komitees zur Solidarität mit Argentinien und Lateinamerika (*Comité de Solidaridad con Argentina y Latinoamerica*, COSAL) klar. Noch im August 1976 veröffentlichte das Komitee in seinem Informationsblatt einen Nachruf auf Mario Roberto Santucho, den gefallenen Oberkommandanten des ERP. Unter der Überschrift »Revolutionäre sind gestorben, es lebe die Revolution« wurde darin das Ziel Santuchos – die »Einheit zwischen dem sozialistischen Lager, dem Kampf der Arbeiterklasse in den industrialisierten Ländern und den nationalen Befreiungsbewegungen« – wohlwollend aufgegriffen.<sup>44</sup> Januar 1977 änderte sich die Rhetorik. Jetzt wurde es als »notwendig« angesehen, »der öffentlichen Meinung deutlich zu machen, daß es nicht angeht, wenn Regierungen, die mit Menschenleben so umgehen, wie es die argentinische Militärdiktatur tut, noch finanzielle oder militärische Unterstützung aus dem Ausland erhalten. Gerade die Bundesrepublik ist eine der wichtigsten Stützen der Diktaturen Lateinamerikas.« Allerdings werde »die Frage der Menschenrechte [...] allzu oft in eine »unpolitische« Ecke gedrängt [...] Es ist aber [...] die Zeit gekommen, wo die Bewah-

41 Helmut Schmidt an Jorge Rafael Videla, 3.7.1976, in: PA AA, B 83, 1139.

42 Vgl. Botschaft Buenos Aires an AA, Betr.: Falk und Zieschank, 6.8.1976, in: AdSD Bestand Helmut Schmidt, HSAA006576.

43 Botschaft Buenos Aires (Kastl) an AA, Betr.: Faelle Falk und Zieschank, hier: Bewertung der Antwort Videlas, 6.8.1976, in: AdSD Bestand Helmut Schmidt, HSAA006576.

44 COSAL, Informationsblatt Nr. 2, 20.8.1976. S. 5-6.

rung der Menschenrechte einen anderen, wichtigeren Stellenwert erhalten« muss, denn die Diktaturen hätten begriffen, dass Sie »nur durch Mord, Folter und Verfolgung« die Macht behielten.<sup>45</sup>

Dieses Umdenken war sicherlich auch dem Agieren des bereits erwähnten Helmut Frenz geschuldet. Frenz war ein lutherischer Pastor, der 1965 im Auftrag der Evangelischen Kirche Deutschlands nach Chile gegangen war. Dort stieg er zum Kirchenführer »Probst« auf, wurde aber 1970 unbeliebter in seinem rechtsgerichteten Kirchenvolk aufgrund seines Engagements für die Opfer der Verfolgungen des Pinochet-Regimes. Im Oktober 1975 wurde Frenz schließlich von der chilenischen Junta verbannt.<sup>46</sup> Nach seiner Rückkehr aus Chile hatte sich Frenz als Verfechter der Rechte südamerikanischer Flüchtlinge und auf Asylfragen in der Bundesrepublik spezialisiert.<sup>47</sup> Hierfür musste er viele Anfeindungen seitens konservativer und rechtsradikaler Medien hinnehmen, die mehr oder weniger ähnlich argumentierten: Frenz sei ein linker Wolf im menschenrechtlichen Schafspelz.<sup>48</sup> Frenz erwiderte gegen die Beschuldigungen, dass sein Engagement neutral und menschenrechtlich basiert sei, dass er sich ebenso energisch gegen Übergriffe engagiert hätte, wäre eine Linksdiktatur in Chile errichtet worden.

Frenz witterte eine von Chile aus gesteuerte Kampagne, um ihn zu diskreditieren.<sup>49</sup> Daher plädierte er innerhalb der Solidaritätsbewegung gegen Sektierertum und für Einheit, musste allerdings nach drei Monaten in der Bundesrepublik konstatieren, dass es schlecht für die Chile-Solidarität aussehe. Die Solidaritätsbewegung habe »sich verzettelt in hunderten von Grüppchen«, die sich »in egoistischen internen Rivalitätskämpfen« aufgebraucht hätten. »Eine Unidad Pro Chile gibt es in der BRD nicht«, schrieb er an »Freunde und Mitstreiter« im Februar 1976. Um die Bewegung wieder zu einen, müsse man »einen neuen Stil

45 COSAL, Informationsblatt Nr. 6, 20.1.1977, S. 2.

46 Siehe Helmut Frenz: *Mi Vida Chilena: Solidaridad con Los Oprimidos*. Aus dem Deutschen übersetzt von Sonia Plaut, Santiago 2006, S. 18-28, 68, 92 f., 245-272; Daniel Lenski: *La División de la Iglesia Evangélica Luterana en Chile*, Köln 2006, S. 36-44.

47 Mehr Flüchtlinge aufnehmen, in: *Frankfurter Rundschau*, 6.2.1976; »Ich darf nicht nachgeben.« Gespräch mit Helmut Frenz, früher Bischof in Chile, in: *Lutherische Monatshefte* (März 1976).

48 Frenz in die SBZ, in: *National-Zeitung*, 30.7.1976; Eine Gefahr, in: *FAZ*, 16.9.1976; Neues von Frenz, in: *FAZ*, 5.1.1977; Leserbriefe: Der Propst aus Concepcion, in: *Die Welt*, 25.2.1977; Wolfgang Vogelgesang: Frenz: Selbstgemachter Bischof, in: *Bayernkurier*, 17.12.1977.

49 Udo Leuschner: Faschismus: Warum Bischof Frenz in der Bundesrepublik Herzbeklemmungen bekommt, in: *Berliner Extra-Dienst*, 12.3.1976; Helmut Frenz: Aus dem Sekretariat: In eigener Sache (Helmut Frenz), in: *Ai-Info* 5 (1978), S. 17.

entwickeln und einem neuen, humanitär engagierten Geist unter uns Raum geben«. Frenz beteuerte, dass er nicht nur mit Kirchen arbeiten wolle, denn »unser Einsatz für die Menschenrechte und für die Befreiung der politischen Häftlinge in Chile hat auch eine eminente politische Dimension«. Allerdings unterstrich Frenz, dass die Sprache unbedingt neutral klingen müsse. »Unsere Motivation soll humanitär sein mit allen politischen und moralischen Implikationen. Sie soll frei sein von Eigeninteressen und Parteipolitik.«<sup>50</sup>

Als jemand, der in Chile gewesen war und gute Kontakte zu wichtigen ökumenischen Organisationen unterhielt, darunter der Ökumenische Rat der Kirchen, der Lutherische Weltbund sowie der Hohe Flüchtlingskommissar der Vereinten Nationen, von dem er 1974 die Nansenmedaille für besondere Verdienst für Flüchtlinge erhalten hatte, wurde Frenz von der westdeutschen Sektion Amnestys als Generalsekretär angeworben.<sup>51</sup> Urs M. Fietchner, ein Amnesty-International-Mitarbeiter, erinnerte sich, dass Amnesty »sehr beeindruckt« von Frenz' Arbeit in Chile war. »Er hatte den Amnesty Spirit, noch bevor er von Amnesty gehört hatte.«<sup>52</sup> Für Wolfgang Heinz, damals im Amnesty-Vorstand, war die Entscheidung für Frenz eindeutig: Wenn er »über Menschenrechtsverletzungen [sprach], dann wusste er wovon er sprach [...] er war dort, er war dabei, und das hat ihm, überwiegend, eine positive Resonanz gegeben.«<sup>53</sup> Obwohl sich Frenz mit seinem Plädoyer anfangs nur auf Chile bezog, stellte er bald die Weichen für eine neue Argentinien-Solidarität, als die konjunkturabhängige Solidaritätsbewegung mit Chile kontinuierlich nachließ und gleichzeitig das Morden in Argentinien zunahm.

Im März 1977 verschwand erneut eine deutsche Staatsangehörige, Elisabeth Käsemann. Sie war in den 1960er Jahren aktiv in der Studentenbewegung gewesen und hatte sich für Argentinien entschieden. Hier sah sie die Heimat von Lateinamerikas am besten organisierter Arbeiterschaft.<sup>54</sup> Allerdings wurde nach ihrem Verschwinden nicht wie 1976 für Zieschank eine Kampagne für ihre Befreiung mit den üblichen linken Solidaritätstö-

50 Helmut Frenz an Liebe Freunde und Mitstreiter, 18.2.1976, in: FDCL, Ordner Aktion Zur Befreiung der Politischen Gefangenen in Chile.

51 Vgl. Office of the United Nations in Geneva, Comunicado de Prensa No. Ref/1182, La medalla Nansen al Obispo Frenz por su papel en la ayuda a los refugiados de Chile, 23.9.1974, in: Archiv Ökumenischen Rats der Kirchen, Genf, Akte 249.3.07.

52 Zeitzeugeninterview mit Urs M. Fietchner, Ulm, 9.8.2016.

53 Zeitzeugeninterview mit Wolfgang Heinz, Berlin, 30.5.2016.

54 Vgl. Dorothee Weitbrecht: Aufbruch in die Dritte Welt: Der Internationalismus der Studentenbewegung von 1968 in der Bundesrepublik Deutschland, Göttingen 2012, S. 328-340.

nen geführt. Bürger aus der ganzen Bundesrepublik drängten die Bundesregierung, sich energischer für Käsemanns Überleben einzusetzen. »Das deutsche Volk braucht Akzente der Menschlichkeit, wenn es sich nicht in Maßstäben verlieren will, die nur noch materiell orientiert sind«, meinte Heinz P.<sup>55</sup> Käsemanns Vater, der emeritierte Tübinger Theologe Ernst Käsemann, nahm prominent Stellung in der öffentlichen Kritik an der Haltung des AA und der deutschen Botschaft in Buenos Aires.<sup>56</sup>

Ähnlich wie im Fall Zieschanks hatte Botschafter Kastl versucht, Käsemanns Aufenthaltsort auffindbar zu machen, allerdings ohne dabei die Grenzen der »diskreten Diplomatie« zu verletzen. Besonders schwer wog es für die Öffentlichkeit, dass, während Käsemann noch verschwunden war, die deutsche Fußballnationalmannschaft ein Freundschaftsspiel in Buenos Aires gegen die argentinische Auswahl austrug. Erst nach dem Spiel kam ans Tageslicht, dass die Deutsche bei einer Schießerei umgekommen war. Die Obduktion ihrer Leiche in Tübingen ergab jedoch, dass sie von hinten exekutiert worden war.<sup>57</sup> Im AA wurde Käsemanns Tod als Resultat ihres Engagements im argentinischen Untergrund interpretiert.<sup>58</sup> Die Bundesregierung bemühte sich um Beschwichtigung. Der Hamburger SPD-Kreis Wandsbek – Helmut Schmidts Wahlkreis – schrieb an den Kanzler über seine »Ratlosigkeit«, dass die Regierung der Bundesrepublik nicht in der Lage sei, »wenigstens ihren eigenen Staatsangehörigen Schutz vor staatlich geduldeten oder sogar angeordneten Terrormaßnahmen zu garantieren [...] Die glaubwürdige Androhung und ggf. die konsequente Anwendung politischer Reaktionen könnten zu einem höheren Schutz für das Leben bedrohter Personen führen.«<sup>59</sup> Der Bundeskanzler antwortete, dass Käsemanns Tod zwar bedauernswert, allerdings selbstverschuldet sei, denn »keine Regierung [kann] für den Schutz der eigenen Staatsangehörigen in anderen Ländern eine absolute Garantie geben«, dies gelte »vor allem dann, wenn sich Deutsche in voller Kenntnis und bewußter Inkaufnahme eines Risikos für Leib und Leben in die innenpolitischen und vielleicht bewaffneten Auseinandersetzungen ihres Gastlandes begeben«.<sup>60</sup> Die sich

55 Heinz P. an Bundespräsident Scheel, Bundeskanzler Schmidt, Außenminister Genscher, Mord und Folter in Argentinien/Ermordung der Tochter Prof. Käsemanns (Tübingen), 28.6.1977, in: Bundesarchiv Koblenz (BArch K.) B 122/ 37297.

56 Vgl. Thun: Menschenrechte und Außenpolitik, S. 158-166.

57 Vgl. Abmeier: Kalte Krieger, S. 145. Ausführliche Details liefert der ARD-Dokumentarfilm von Eric Friedler, »Das Mädchen – Was geschah mit Elisabeth K.?« (2014).

58 Siehe Jiménez Botta: Foreign Policy, S. 18.

59 SPD-Landesorganisation Hamburg, Kreis Wandbek, Distrikt Jenfeld an Helmut Schmidt, 24.8.1977, in: BArch K., B136 17561.

60 Helmut Schmidt an SPD, Landesorganisation Hamburg – Kreis Wandsbek, Distrikt Jenfeld, 21. November 1977, in: BArch K., B136 17561.

zuspitzende Auseinandersetzung zwischen RAF und deutschem Staat, die im »Deutschen Herbst« im November 1977 ihren Höhepunkt erreichte, half den Anliegen der Aktivisten nicht weiter.<sup>61</sup>

Der Mord an Käsemann beflügelte eine Argentinien-solidaritätsbewegung, die sich voll auf Menschenrechtsarbeit konzentrierte. Der Frenzsche Impuls zeigte sich 1977 am stärksten in der positiven Reaktion von bis dato individuell arbeitenden Argentinienaktivisten auf einen Appell der *Argentinischen Kommission für die Verteidigung der Menschenrechte* (CADHU): 1978 sollte die XI. Fußballweltmeisterschaft ausgerechnet in Argentinien stattfinden. Die CADHU nahm dies zum Anlass, alle westeuropäischen sowie süd- und nordamerikanischen Solidaritätsgruppen für eine weltweit koordinierte Kampagne zu gewinnen, welche die Verbrechen der Militärdiktatur vor und während des Großereignisses aufdecken sollte.<sup>62</sup>

Im Dezember 1977 trafen sich Argentinienaktivisten für zwei Tage in Königswinter bei Bonn. Die zehn anwesenden Solidaritätsgruppen wurden angeführt von der deutschen Sektion Amnesty International, den verschiedenen AELAs, der Informationsstelle Lateinamerika aus Bonn (ILA) sowie dem Hamburger COSAL. Die CADHU hatte vier Minimalforderungen aufgestellt, die von den deutschen Aktivisten übernommen wurden:

- Ausreise für alle politischen Gefangenen in Argentinien, denen die Junta die Ausreise gestatten würde, wenn ein Land sie aufnimmt.
- Befreiung aller in ausländischen Botschaften in Buenos Aires festsitzenden Flüchtlinge.
- Veröffentlichung einer vollständigen Liste aller politischen Gefangenen durch die arg.[entinische] Regierung.
- Internationale Untersuchung aller arg.[entinischen] Gefängnisse und KZs.<sup>63</sup>

Die Aktivisten hatten die Ideen von Frenz beherzigt und waren bemüht, die humanitäre Natur ihres Anliegens hervorzuheben. Während der Kampagne sollte betont werden, »dass die CADHU nicht aus Organisationen bestehe, da sie eine Menschenrechts- und keine politische Or-

61 Siehe Stefan Aust: Baader-Meinhof: The Inside Story of the RAF, New York/Oxford 2008.

62 Siehe Felix A. Jiménez Botta: »Yes to Football, No to Torture!« The Politics of the 1978 Football World Cup in West Germany, in: Sport in Society 20,10 (2017), S. 1440-1456.

63 Fußball und Folter – Kampagne 1978, Protokoll des Treffens der Argentinien-Solidaritätsgruppen in Königswinter vom 16.-18.12.1977, in: FDCL, Folder Argentinien Solidarität, 1976-1977.

ganisation sei [...] Ihr Ziel ist die Verwirklichung der Menschenrechte in Argentinien.« Die Kampagne hatte die Absicht, durch pragmatische Allianzen und realistische Sichtweisen ihre Ziele zu erreichen. Die Parole »Forderungen sind realisierbar, deshalb müssen sie realisiert werden« wurde immer wieder wiederholt. Pragmatismus und nicht Dogmatismus lautete die Devise. Die Organisatoren der Argentinienkampagne waren sich im Klaren, dass es »um die Inhalte der vorgeschlagenen Kampagne« gehen müsse »und nicht um Organisationen«. Um das Interesse der deutschen Öffentlichkeit an der Lage in Argentinien zu wecken, bedürfe es sehr viel Überzeugungsarbeit in den Bundesländern, Kommunen, Gewerkschaften und bei den Sozialdemokraten. Nur so könne man genügend »öffentlichen Druck auf die Bundesregierung« erzeugen.<sup>64</sup>

Ähnlich wie Umweltaktivisten engagierten sich Menschenrechtsaktivisten mit transnationalen Netzwerken in der Bundesrepublik sowohl auf Bundesebene als auch auf lokaler Ebene. Dabei betonten sie, dass man zusammen Menschenrechtsarbeit betreiben könne, egal wofür man ansonsten privat stehe. Nur so konnten Aktivisten der AELA, die kurz zuvor noch zur Solidarität mit dem ERP aufgerufen hatten, mit Amnesty zusammenarbeiten, ohne ihre Gesinnung aufgeben zu müssen. Die wachsende Zusammenarbeit mit linken Gruppierungen missfiel beispielsweise Amnesty-Vorstandsmitglied Dietrich Böttcher: »Je energischer wir ein System wegen seiner Menschenrechtsverletzungen anprangern«, schrieb Böttcher im Januar 1976 in der *ai Information*, umso mehr würde es versuchen, »uns politisch dem jeweils anderen Lager zuzuordnen. Wir sollten ihnen dabei nicht auch noch helfen.«<sup>65</sup> Böttchers Ansicht wurde allerdings von vielen Bezirken Amnestys nicht geteilt, und er wurde wegen »ängstlicher Imagepflege« kritisiert.<sup>66</sup> Die Bereitschaft von Amnesty zur Zusammenarbeit mit vielen Gruppierungen, die nach der Einstellung von Frenz noch zunahm, sowie die neutrale Qualität der Menschenrechtssprache gaben dem Anliegen linker Argentinienaktivisten eine universelle humanitäre Gesinnung, die von Behörden nicht länger ignoriert werden konnte.

Die westdeutsche Kampagne »Fußball ja, Folter nein!« wurde zum Erfolg. Trotz Anfeindungen seitens des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) und der Ablehnung der Bundesregierung konnten die Aktivisten die Meinungshoheit in der öffentlichen Debatte erobern. Die Aufmerksamkeit der Bevölkerung war geweckt. Wohl kaum einer glaubte noch an die

64 Ebd.

65 Dietrich Böttcher: Unser Image ist verletztlich, in: *ai Information* 1 (1976), S. 11.

66 Doris Oberlander/Cornelia Werr: »Frankfurter Buchmesse«, in: *ai Information* 2 (1976), S. 19 f.

Propaganda von Argentinien als Paradies der Señoritas und Steaks, als die Verbrechen der Militärdiktatur für etliche Monate ins Rampenlicht gerieten. Die Kampagne erreichte auch deutsche Bürger, die sich nun für die Menschenrechtsverletzungen in Argentinien insgesamt zu interessieren begannen und nicht nur allein für die Morde an deutschen Staatsbürgern. Kuno S. erinnerte in einem Schreiben Bundeskanzler Schmidt an die deutsche Vergangenheit, aus der »große Verpflichtungen erwachsen [sind,] die wir, so meine ich, im Fall Argentinien zum Teil nach besten Kräften erfüllen müssen«. <sup>67</sup> Die Evangelische Studentengemeinschaft Aachen forderte in einem Brief an die Bundesregierung ein »klares Engagement für die Verwirklichung der internationalen Menschenrechte«. <sup>68</sup> Es war dieser öffentliche Protest und weniger Druck von sozialdemokratischen Abgeordneten – nur die linksstehenden SPD-Bundestagsabgeordneten Klaus Thüssing, Erich Meinike, Manfred Coppik und Karl-Heinz Hansen hatten sich für die Aufnahme von Argentinern ausgesprochen –, was die Bundesregierung nötigte, eine Aufnahmeaktion für 500 argentinische Flüchtlinge ins Leben zu rufen. <sup>69</sup>

Die Freude währte allerdings nur kurz. Die Zusage der Bundesregierung war in erster Linie ein Versuch, die Kritik an ihrer restriktiven Aufnahmepraxis gegenüber Flüchtlingen aus Argentinien zu unterbinden. Deutsche Diplomaten wussten, dass die argentinische Militärjunta, gestärkt durch eine nationalistische Welle nach der gewonnenen Weltmeisterschaft 1978, ihre strikte Haltung gegenüber der Ausweisung potentieller »Terroristen« nicht lockern würde. Die bundesdeutschen Behörden beharrten zudem auf einer genauen Überprüfung der Inhaftierten, was die Aufnahme der Flüchtlinge erheblich verzögerte. Bis zum Kollaps der Militärjunta 1983 und dem Ende des Flüchtlingsprogramms wurden lediglich 74 Argentinier aufgenommen. <sup>70</sup> Ferner zeigte sich, dass die Einstellung der Bundesregierung und einiger SPD-Politiker gegenüber Argentinien sich nicht grundlegend geändert hatte.

67 Kuno S. an Bundeskanzler Schmidt, 27.5.1978, in: PA AA, B 33, Bd. 111057.

68 ESG Aachen an den Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland, 7.3.1978, in: PA AA, B 33, Bd. 111057.

69 Siehe Deutscher Bundestag, 8. WP, 10. Sitzung, (2.2.1977): Sten.Ber., S. 448; 8. WP, 50. Sitzung, (20.10.1977): Sten.Ber., S. 3799; 8. WP, 88. Sitzung, (27.4.1978): Sten.Ber., S. 7007; Staatssekretär im Auswärtigen Amt an Staatssekretär im Bundesministerium des Innern, 14.4.1978, in: BArch K., B 106 69049.

70 Vgl. Referat VII 4, Betr.: Aufnahmeaktion zugunsten politisch verfolgter Personen aus Chile und Argentinien; hier: Verfahren Bezug: Fernmündlicher Auftrag vom 26.5.1978, 31.5.1978, in: BArch K., B 106 69049; Botschaft Buenos Aires (Verbeek) an AA, Betr.: Aufnahmeaktion Argentinien; hier: Abschluss der Aufnahmeaktion, 20.10.1983, in: PA AA, AV, 32470.

Im Herbst 1979 organisierte die Arbeitsgruppe Menschenrechte in der SPD eine Reise nach Argentinien, um die Menschenrechtszustände vor Ort zu überprüfen. Da die Abgeordneten als Vertreter der SPD und nicht der Bundesregierung antraten, genehmigte Argentinien die Einreise.<sup>71</sup> Zudem war kurz zuvor eine größere Delegation der Interamerikanischen Kommission für Menschenrechte vor Ort gewesen, die die Menschenrechtsverletzungen der Militärjunta offengelegt hatte.<sup>72</sup> Die Mitglieder Willfried Penner, Horst Jungmann und Eckhart Kuhlwein sollten das Land zwei Wochen lang bereisen und Interviews mit Militärs, Regierungsmitgliedern, Politikern, Gewerkschaftsführern und Menschenrechtsaktivisten führen. Die deutschen Argentinien-Aktivisten setzten große Hoffnungen in diese Reise. Kuhlwein hatte immerhin die Kampagne »Fußball ja, Folter nein!« unterstützt und DFB-Präsident Hermann Neuberger kritisiert.<sup>73</sup> Die fundierte Kritik dreier anerkannter SPD-Abgeordneter sollte den Druck auf Kanzler Schmidt erhöhen, einen härteren Kurs gegen die Junta einzuschlagen. Die deutsche Botschaft in Argentinien und das AA sprachen sich energisch gegen die Reise aus, konnten sie aber nicht verhindern.<sup>74</sup>

Trotz unbequemer Beschattung seitens der argentinischen Behörden erfuhren die Abgeordneten aus erster Hand von mehreren Quellen über die Menschenrechtsverletzungen seitens der Militärregierung. Reporter des liberalen *Buenos Aires Herald* sagten ihnen, dass die Junta mit »illegalen Methoden« regierte, und Oppositionspolitiker sprachen von »Staatsterrorismus«.<sup>75</sup> Argentinische Menschenrechtsorganisationen informierten die Abgeordneten über illegale Gefängnissschiffe und Lager, in denen Personen ohne Haftprüfung gefangen gehalten wurden, und dass die argentinischen Streitkräfte mit anderen Diktaturen in Paraguay und Uruguay zusammenarbeiten. Die Menschenrechtsaktivisten legten

71 Vgl. Brigitte Erler: Vorplanung einer Delegationsreise der SPD-Bundestagsfraktion nach Argentinien und Uruguay, 2.6.1978, in: AdSD, Ordner 2698.

72 Vgl. Ulises Gorini: *La Rebelión de Las Madres: Historia de Las Madres de Plaza de Mayo*, Buenos Aires 2015, S. 315-335; Patrick William Kelly: *Sovereignty and Salvation: Transnational Human Rights Activism in the Americas in the Long 1970s*, PhD Dissertation, University of Chicago 2015, Kapitel 7.

73 Vgl. Eckart Kuhlwein: In Argentinien leider nur vornehme Zurückhaltung: Präsident Neuberger auf dem Rückzug, in: Sozialdemokratischer Pressedienst, 24.5.1978.

74 Vgl. Botschaft Buenos Aires an AA, A. Z.L POL 300.25, Betr.: Reise einer SPD-Delegation nach Buenos Aires, 20.10.1979, in: AdSD, Ordner 2699.

75 Horst Jungmann/Eckhart Kuhlwein/Willfried Penner: Bericht über die Reise einer Delegation der Fraktion der SPD nach Argentinien und Uruguay vom 21.10.-4.11.1979, in: AdSD, Akte 2699, S. 8, 15.

ihnen nahe, die westdeutsche Bevölkerung zu informieren, ihre Solidarität mit den Verschwundenen zu erklären und direkte Moralappelle an die argentinische Regierung zu entsenden.<sup>76</sup> Nach ihrer Rückkehr nach Deutschland relativierten die SPD-Abgeordneten allerdings in einer Pressemeldung die Gewalt in Argentinien als »Entgleisungen« in »der notwendigen Bekämpfung von terroristischer Gewaltkriminalität«. Der Öffentlichkeit rieten sie »eine gewisse Zurückhaltung«.<sup>77</sup> Die Entrüstung war groß bei den Aktivisten, zumal die argentinische Botschaft die Aussage der Abgeordneten zu ihren Gunsten nutzte.<sup>78</sup> Es war klar geworden, dass das Menschenrechtsverständnis der bundesdeutschen Außenpolitik kaum im Einklang mit dem der Aktivisten stand.

### *Menschenrechtsaktivismus für Argentinien, 1980-1983*

Die langfristigen Folgen der Kampagne für Argentinien dürfen nicht an den geringen Flüchtlingszahlen oder an der Reise der SPD-Abgeordneten gemessen werden. »Fußball ja, Folter nein!« konnte erst stattfinden und zum Erfolg werden, weil sich für linke Aktivisten – trotz konkurrierender oder entgegengesetzter politischer Ausrichtungen – mithilfe der Menschenrechtssprache neue Einflussmöglichkeiten erschlossen hatten. Allerdings bedeutete dies auch, dass Menschenrechtsargumente auf Minimalforderungen reduziert werden mussten, um von der Regierung überhaupt wahrgenommen zu werden. Historiker wie Patrick William Kelly und Jan Eckel argumentieren, dass Menschenrechte deshalb als entpolitisierend angesehen werden müssen. Menschenrechtsaktivismus der 1970er Jahre, so Kelly, hatte wenig von früheren Maximalforderungen nach sozialer Gleichheit und fokussierte »not on the starving but on the tortured victim«. Menschenrechtsaktivisten mussten eine »politics of revolution« für eine »politics of salvation« umtauschen.<sup>79</sup> Nicht länger konnten Politiker Menschenrechtsaktivisten einfach ignorieren, aber deren Forderungen wurden auch weniger gewagt.

76 Vgl. ebd., S. 25-28.

77 Horst Jungmann/Eckhart Kuhlwein/Willfried Penner: Betr.: Argentinien/Uruguay, in: Informationen der Sozialdemokratischen Bundestagsfraktion, 8.II.1979.

78 Walter Zielke: Offener Brief an die Mitarbeiter der argentinischen Solidaritätsgruppen, 22.2.1980, in: Archiv Amnesty International, Bezirk Ulm (AAI Ulm), Ordner Bezirk 8/4 Aufnahmeaktion für Argentinien.

79 Kelly: Sovereignty and Salvation, S. 14; Jan Eckel: Ambivalenz des Guten, S. 415 (Kindle Loc. 10123-25).

Dies geschah zu einem gewissen Grad auch in Westdeutschland, allerdings nicht in dem Ausmaß, wie Kelly und Eckel argumentieren. Das Politik- und Menschenrechtsverständnis der westdeutschen Linken in den 1980er Jahren kann nicht auf eine Minimalpolitik der humanitären Hilfe reduziert werden. Die 1980er Jahre bildeten schließlich den Höhepunkt der Solidaritätskampagnen mit der salvadorianischen Guerilla (*Frente Farabundo Martí de Liberación Nacional*, FMLN) und mit den Sandinisten in Nicaragua.<sup>80</sup> Als Revolutions- und Solidaritätssprachen zurückkamen und als US-Präsident Ronald Reagan die Menschenrechte für seine Konfrontationspolitik mit der Sowjetunion verwendete, wandten sich linksstehende Menschenrechtsaktivisten von Amnestys Minimalforderungen ab, ohne jedoch auf Menschenrechtsargumentationsmuster zu verzichten.

Die Bundesregierung konnte Menschenrechtsargumente nicht ignorieren, weil sie keine linke Erfindung waren und deshalb als neutral angesehen werden mussten. Wie Samuel Moyn und Marco Duranti gezeigt haben, wurden Menschenrechtsargumente in der frühen Nachkriegszeit meistens von christlichen Antikommunisten verwendet.<sup>81</sup> Lora Wildenthal zeigt auch, wie Menschenrechtsdiskurse in der frühen Bundesrepublik von konservativen Juristen wie Rudolf Laun angewandt wurden, um das »Volksgruppenrecht« der aus dem Osten vertriebenen Volksdeutschen auf ihre Heimat zu begründen.<sup>82</sup> In den 1970er Jahren formierte sich die konservativ ausgerichtete Internationale Gesellschaft für Menschenrechte 1972 als rechtes Gegenstück zur »linken« Amnesty.<sup>83</sup> Zudem drängten die Junge Union, die Christlich Demokratischen Arbeitnehmer und der Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) die CDU/CSU dazu, Menschenrechtsverletzungen in Chile anzuklagen, um junge

80 Zur westdeutschen Nicaragua-Solidarität der 1980er siehe Christian Helm: Booming Solidarity: Sandinista Nicaragua and the West German Solidarity Movement in the 1980s, in: *European Review of History/Revue Européenne d'histoire* 21,4 (2014), S. 597-615, und Friederike Apelt: Between Solidarity and Emancipation? Female Solidarity and Nicaraguan Revolutionary Feminism, in: Jan Hansen/Christian Helm/Frank Reichherzer (Hg.): *Making Sense of the Americas: How Protest Related to America in the 1980s and Beyond*, Frankfurt/M./New York, 2015, S. 176-196.

81 Vgl. Samuel Moyn: *Christian Human Rights*, Philadelphia 2015; Marco Duranti: *The Conservative Human Rights Revolution: European Identity, Transnational Politics, and the Origins of the European Convention*, Oxford/New York 2016.

82 Lora Wildenthal: Rudolf Laun and the Human Rights of Germans in Occupied and Early West Germany, in: Hoffmann (Hg.): *Human Rights in the Twentieth Century*, S. 125-146.

83 Siehe Jürgen Wüst: *Menschenrechtsarbeit im Zwielicht: Zwischen Staatssicherheit und Antifaschismus*, Bonn 1999.

Mitglieder anzuwerben und die sozial-liberale Koalition für ihr scheinbares Desinteresse gegenüber der Menschenrechtslage in Osteuropa anklagen zu können. Junge Konservative erhielten dabei die Unterstützung Helmut Kohls, Heiner Geißlers und Norbert Blüms.<sup>84</sup> 1977 gab die CDU/CSU-Bundestagsfraktion ein Weißbuch über Menschenrechtsverletzungen an Volksdeutschen im Ostblock heraus, um die Bundesregierung dazu zu drängen, ihre Außenpolitik zu ändern.<sup>85</sup> Zudem hatten CDU-Politiker sich für vietnamesische Bootsflüchtlinge Ende der 1970er Jahre engagiert und hierfür Menschenrechtsargumente benutzt.<sup>86</sup> Für den Staatsrechtslehrer Martin Kriele war »die Realisierung der Menschenrechte« sogar die »politische Substanz, aus der die Bundesrepublik als demokratischer Verfassungsstaat lebt«.<sup>87</sup>

Da Menschenrechtsargumentation von beiden Seiten des politischen Spektrums benutzt wurden, galten sie als neutral. Das Chile-Komitee Stuttgart beispielsweise erlangte die Aufmerksamkeit des CDU-Bürgermeisters Wolfgang Rommel, indem es für Wohnungen für Argentinienflüchtlinge mittels menschenrechtsbasierter Argumentation agierte. Rommel wollte wegen der Wohnungsnot in Stuttgart keine Flüchtlinge mehr aufnehmen, dennoch konnte er sich der Logik der Unteilbarkeit der Menschenrechte nicht entziehen, als die Aktivisten ihn mit der Tatsache konfrontierten, dass immerhin Wohnraum für die Vietnamflüchtlinge geschaffen worden sei.<sup>88</sup> Menschenrechtsvertreter professionalisierten sich auch zunehmend. Im Fall der Argentinienbewegung kamen Amnesty-Mitglieder immer häufiger in Situationen, wo sie konstruktiv mit staatlichen Behörden zusammenarbeiten mussten. Gleichzeitig wurde Amnesty sogar im konservativ regierten Baden-Württemberg nicht länger als Störfall betrachtet, sondern von den Behörden mehr und

84 Vgl. Günter Buchstab (Hg.): Kohl: »Wir haben alle Chancen«: Die Protokolle des CDU-Bundesvorstands 1973-1976, 2. Bd.: 1975-1976, Düsseldorf 2014, S. 1312, 1700; Rede des CDU-Vorsitzenden Helmut Kohl auf der Großversammlung des Bundesverbandes der Jungen Union anlässlich der Aktion Menschenrechte, Gelsenkirchen 10.4.1976, in: Archiv für Christlich Soziale Politik, Konrad-Adenauer-Stiftung, Sankt Agustin, Bestand Junge Union 04-007, Signatur 469/3, S. 22; Carlos Huneeus Madge: La Oposición en el Autoritarismo: El Caso del PDC Durante el Régimen del General Pinochet en Chile, in: Revista Mexicana de Ciencias Políticas y Sociales 227, LXI (2016), S. 247-272.

85 Vgl. Peter: Bundesrepublik im KSZE-Prozess, S. 211-216.

86 Vgl. Frank Bösch: Engagement für Flüchtlinge. Die Aufnahme vietnamesischer »Boat People« in der Bundesrepublik, in: Zeithistorische Forschungen/Studies in Contemporary History 14,1 (2017), S. 13-40.

87 Martin Kriele: Die Menschenrechte zwischen Ost und West, Köln 1977, S. 8.

88 Vgl. Dimo Haith: Chile Komitee Stuttgart an die Teilnehmer des Argentinien-Seminars, 12.10.1979, in: AGG, Bestand Ulf Baumgärtner, Signatur 2.

mehr als Partner gesehen.<sup>89</sup> Amnesty erzielte einen Etappensieg, indem sie die Landesbehörden überzeugen konnte, argentinische Flüchtlinge nicht im berüchtigten Flüchtlingscamp Zirndorf unterzubringen. Man überließ der Organisation, die Flüchtlinge in Städten mit anderen Argentinern unterzubringen, um das Exil erträglicher zu machen.<sup>90</sup> Obwohl Amnesty die Sicherheitskontrollen bemängelte und nur wenig gegen die Verkopplung von Flüchtlingen und potentiellen Gefahren für die innere Sicherheit ausrichten konnte, punktete sie an anderer Stelle. Durch ihr neu erlangtes Ansehen konnte Amnesty mit dem Wohlwollen mehrerer Städte und Kommunen rechnen. Sogar im CSU-regierten Bayern, welches sich nicht an der Aufnahmeaktion beteiligt hatte, erklärten sich etliche Kommunen und Städte bereit, argentinische Flüchtlinge aufzunehmen und auf eigene Kosten zu unterhalten.<sup>91</sup>

Auch war es der westdeutschen Amnesty-Sektion nun möglich, Beziehungen mit argentinischen Menschenrechtsorganisationen aufzubauen. Diese hatten sich nach 1977 gebildet, um die Schicksale ihrer verschwundenen Angehörigen zu ermitteln. Die wichtigsten Organisationen waren die *Madres* und *Abuelas de la Plaza de Mayo* und die *Familiares de los Desaparecidos*. Da sie ständig von der argentinischen Regierung angefeindet wurden, war nicht nur die finanzielle Unterstützung ausländischer Zivilgesellschaften und Regierungen notwendig, sondern auch offenkundige Solidarität. Amnesty setzte sich bei der Bundesregierung sowie auf Landesebene dafür ein, diesen und anderen ausländischen Menschenrechtsgruppierungen den Rücken zu stärken. 1979 begann die westdeutsche Sektion Amnesty Rundreisen mit den *Madres* und den *Abuelas* durch die Bundesrepublik Deutschland zu organisieren. Beide Gruppen nutzten diese Reisen, um ihre Geschichten zu erzählen. Die *Madres* sparten dabei die politische Haltung ihrer Angehörigen aus und hoben stattdessen deren Menschlichkeit hervor.<sup>92</sup> Zusammen erreichten

89 Vgl. Protokoll der Besprechung im Innenministerium B. W., 27.9.1978, in: AGG, Bestand Ulf Baumgärtner, Signatur 7.

90 Vgl. Axel Dessecker (ai) an Solidaritätsgruppen in Baden-Württemberg, ila, NaS, 10.5.1979, in: AGG, Bestand Ulf Baumgärtner, Signatur 7.

91 Vgl. Thomas (ILA), Betr.: Argentinienkampagne. Brief der westdeutschen Solidaritätsgruppen an den Internationalen Kongress der Argentinien-Solidaritätsgruppen in New York vom 20.-24.3.1979, 8.3.1979, in: AGG, Bestand Ulf Baumgärtner, Signatur 2.

92 Vgl. Sie geben die Hoffnung nicht auf: Nachrichten-Interview mit Großmüttern der Plaza de Mayo in Buenos Aires, in: Blickpunkt 117 (1982). Die entpolitizierende Wirkung des Aktivismus der Madres wird erläutert in Ari Gandsmann: The Limits of Kinship Mobilizations and the (A)politics of Human Rights in Argentina, in: The Journal of Latin American and Caribbean Anthropology 17,2 (2012), S. 193-

die Aktivist:innen, dass Politiker von der SPD sowie von der CDU die Mütter einladen und ihnen gegenüber die »Anteilnahme am Schicksal der verschwundenen Kinder und ihrer Angehörigen zum Ausdruck« brachten.<sup>93</sup> Dies sicherte den Müttern internationale Anerkennung, die ihnen Zuhause gewisse Sicherheit gewährte. Die Behörden gingen anfangs noch sehr bedacht mit der offiziellen Unterstützung der Mütter um. Zum Beispiel lehnte der Berliner Senatsdirektor Hermann Schmid eine direkte Patenschaft der Mütter durch die Stadt Berlin ab, weil er »die Bemühungen der ›stillen Diplomatie‹ der Bundesregierung, unter Verzicht auf öffentliche Erklärungen« unterstütze.<sup>94</sup>

Als es kurz vor dem Fall der Militärdiktatur zu vermehrten Bedrohungen der *Madres* und *Abuelas* durch verängstigte Militärs kam, veranlassten westdeutsche Aktivist:innen eine Kampagne, bei der bekannte Persönlichkeiten, Bundes- und Landesregierungsvertreter sowie Zivilgesellschaftsorganisationen für die argentinischen Frauen offizielle Patenschaften übernehmen sollten, die auf Schildern zur Abschreckung außerhalb der Räumlichkeiten der *Abuelas* aufgehängt werden sollten. Obwohl Außenminister Genscher sich persönlich gegen die Patenschaftsschilder engagierte, gelang es Amnesty, Organisationen wie *Terre des Hommes*, die *Evangelische Studentenorganisation Essen* und sogar die Stadt Kiel zu gewinnen, was die Frauen schützte. Wenn die argentinische Polizei die Räumlichkeiten der *Abuelas* durchsuchte, zeigten sie stolz ihre Patenschaftsplaketten und vermieden weitere Schikanen: »Wir zeigten ihnen zuerst die Bilder von unseren deutschen Paten. Sie warfen einen Blick drauf und schauten dann zu Boden; sie weigerten sich demonstrativ, die Schilder zu lesen«. Dann »gingen sie bald wieder, ohne Schaden angerichtet zu haben«.<sup>95</sup> Im November 1982 unterzeichneten 150 Politiker der drei im Bundestag vertretenen Fraktionen einen Aufruf an die Militärjunta in der argentinischen Tageszeitung *Clarín*, wo sie forderten, das Schicksal der fünfzig deutschen und deutschstämmigen Vermissten unverzüglich aufzuklären. Willy Brandt, Egon Bahr, Herbert Wehner

214. Kritischer ist Emmanuel Nicolás Kahan: »Memories That Lie a Little.« *New Approaches to the Research into the Jewish Experience during the Last Military Dictatorship in Argentina*, in: Adriana Brodsky/Raanan Rein (Hg.): *The New Jewish Argentina: Facets of Experience in the Southern Cone*, Leiden/Boston 2013, S. 293-313.

93 Besuch der »Großmütter von der Plaza de Mayo« bei Senatsdirektor Hermann Schmid, Rathaus Schöneberg, 24.5.1982, in: Landesarchiv Berlin B Rep 002 Nr. 21729.

94 Ebd.

95 Brochüre: Schutz für die *Abuelas*. Jetzt erst recht: Schirmherrschaften für das Büro der Großmütter gesucht!, in: Privatarchiv Urs M. Fietchner, Ulm, S. 7.

(alle SPD), Hildegard Hamm-Brücher (FDP), Franz Ludwig Graf Stauffenberg (CSU) und Richard von Weizsäcker (CDU) waren unter den Unterzeichnern.<sup>96</sup>

Diese Netzwerkverbindungen kamen auch den angeschlagenen Kassen der argentinischen Menschenrechtsorganisation zugute. Dank der Vermittlung des Amnesty-nahen Aktivisten Ulf Baumgärtner zum Beispiel, der einen Bericht über die Tätigkeiten der verschiedenen Menschenrechtsorganisationen in Buenos Aires an das evangelische Hilfswerk *Brot für die Welt* weiterleitete, entschied sich das Hilfswerk, den *Familiares* eine tatkräftige Hilfe von 100.000 DM zu erteilen. Die Zusammenarbeit zwischen der westdeutschen Sektion Amnesty Internationals und den argentinischen Menschenrechtsorganisationen endete nicht mit dem Fall der Diktatur 1983, sondern blieb bestehen und mündete 2004 in der Entscheidung der Bundesregierung, die noch lebenden Führer der argentinischen Junta für den Mord an Elisabeth Käsemann 1977 anzuklagen.<sup>97</sup>

Die Argentinien-Kampagne wirkte sich vor allem positiv auf das Image und den Bekanntheitsgrad von Amnesty International in der Bundesrepublik aus. Am Ende von »Fußball ja, Folter nein!« beschwerten sich etliche Teilnehmer, dass die Kampagne in der Öffentlichkeit allein Amnesty zugeschrieben wurde. Helmut Frenz antwortete, dass Amnesty wohl kaum die Berichterstattung kontrollieren könne.<sup>98</sup> Linke Aktivisten mussten dagegen hinnehmen, dass linke Themen und Positionen ihrer Gruppen nicht durch ihre Zusammenarbeit mit Menschenrechtsaktivisten aufgewertet worden waren.

Daher wurden diejenigen, die ihre Revolutionsträume nicht aufgegeben hatten, misstrauisch gegenüber Amnesty und deren neutraler Sprache der Menschenrechte. Der am Anfang genannte Mario Weitmann hatte trotz seiner Bedenken mit COSAL bei »Fußball Ja, Folter Nein!« mitgearbeitet, konnte aber nicht verstehen, warum die *compañeros* »den Fußball im Kopf haben« und nicht den Slogan »Solidarität mit den Arbeitern Argentiniens« verwendeten.<sup>99</sup> Für Dieter Maier, Amnesty-Mitglied seit den frühen 1970er Jahren, hatten menschenrechtsbasierte Argumente eine große Schwachstelle: Jeder konnte sie für die eigenen

96 Deutsche Politiker fordern Aufklärung über Verschwundene, in: SZ, 22.II.1982.

97 Siehe Wolfgang Kaleck: Mit Recht gegen die Macht: Unser weltweiter Kampf für die Menschenrechte, München 2015, S. 59-71.

98 Vgl. Helmut Frenz an alle Bezirke, Adoptions-Gruppen mit Argentinien-Fällen und Argentinien-Koordinationsgruppen, Tübingen, 14.7.1978, in: AGG, Bestand Ulf Baumgärtner, Signatur 7.

99 Mario [Weitmann] a los compañeros del partido, 20.4.1978, in: Archivo Leo Trotsky – El Archivo de la Revolución, URL: <https://www.archivoleon Trotsky.org/home.php> (Zugriff: 10.4.2018).

Zwecke, verwenden, sogar Augusto Pinochet oder Jorge Rafael Videla. Nachdem US-Präsident Jimmy Carter sich öffentlich für die Menschenrechte aussprach, war Maier klar, was dies bedeutete: »Jeder Oppositionelle, der sich bisher für die Menschenrechte eingesetzt hat, muß sich selbstkritisch klarmachen, daß er jahrelang eine Idee vertreten konnte, die sich das Bürgertum nun triumphal zurückgeholt hat.« Minimalrechte zu verlangen, war nicht genug. »Die weltweit gestiegene Sensibilität gegenüber Menschenrechtsverletzungen ist ein Fortschritt. Aber dieser Fortschritt hat seine Kehrseite.« Jetzt werde Folter nicht mehr als Instrument der Gewaltherrschaft der Bourgeoisie, sondern als eine Art Naturkatastrophe, eine Tragödie angesehen. »Die Art wie Folter von den Massenmedien vermarktet wird, macht die Empörung über Menschenrechtsverletzungen zur halben Heuchelei.«<sup>100</sup>

Die Kinderhilfe Lateinamerika aus Köln, die bei ihrer Gründung 1976 als »unpolitische Initiative« herabgesetzt worden war, wurde in den späten 1970er Jahren immer militanter und begann Gelder für Widerstandsgruppen in Argentinien zu sammeln.<sup>101</sup> 1978 fing die Kinderhilfe an, sich auch für Nicaragua zu interessieren. Ein Aktivist erinnert sich, dass es »für uns schon eine Selbstverständlichkeit [war], daß ein Volk, das über Jahrzehnte versucht hatte, gewaltfrei Widerstand zu leisten, dann mit Waffen kämpft«. 1980 besetzte die Gruppe den Kölner Dom als Zeichen der Solidarität mit der Guerilla in El Salvador, denn »bestimmte gesellschaftliche Veränderungen kann man nur erreichen, wenn man auch ›ja sagt zum bewaffneten Kampf«. Die Aktivisten wurden gewaltsam von der Polizei entfernt, und kirchliche Gruppen, die mit ihnen bis dahin zusammengearbeitet hatten, zogen sich zurück.<sup>102</sup>

Für Urs Müller-Plantenberg, Mitbegründer der *Chile-Nachrichten*, war es zwar wichtig, dass »die moralische Komponente der internationalen Solidarität [...] nicht einfach geringgeschätzt oder mißachtet« wurde, man dürfe aber auch nicht vergessen, dass es »noch längst nicht genug [ist], um eine effektive Veränderung der politischen und wirtschaftlichen Verhältnisse in Chile herbeizwingen zu helfen«. <sup>103</sup> Auch Ulf Baumgärtner erkannte, dass Menschenrechtsargumente sich leicht von

100 Dieter Maier: Thesen zu einer Kritik der Menschenrechte, in: Latein Amerika Projekte: Komitee zur Unterstützung der politischen Gefangenen in Chile 6 (1979), S. 15-21, hier S. 15 f.

101 Werner Balsen/Karl Rössel: Hoch die Internationale Solidarität: Zur Geschichte der Dritte-Welt-Bewegung in der Bundesrepublik, Köln 1986, S. 481.

102 Ebd., 490 f.

103 Urs Müller-Plantenberg: Vorschläge: Ausgewählte politisch-soziologische Arbeiten, 1961-1996, Münster 1997, S. 262.

Politikern instrumentalisieren ließen. Er stand sehr kritisch gegenüber den Versuchen der CDU/CSU, sich für Argentinien zu profilieren. CDU-Generalsekretär Heiner Geißler hatte sich im Zuge des Falkland-Malwinenkriegs gegen den Waffenverkauf an Argentinien geäußert, was Baumgärtner als »maßlos[e] Scheinheiligkeit« eines Mannes empfand, »der nie ein Wort über den Terror des argentinischen Militärs verloren hat«. <sup>104</sup> Sogar Helmut Frenz war sich nicht ganz sicher, ob man Menschenrechtsarbeit von vollkommener Befreiung trennen sollte: »Der unvermeidliche Befreiungskampf kann nur eine Notlösung sein, denn jeder Krieg ist unmenschlich«, schrieb er 1983 noch als Generalsekretär Amnesty. »Wer den Krieg verherrlicht, opfert das Volk. Wer jedoch deshalb die Unterdrückung schweigend hinnimmt, demütigt das Volk«. <sup>105</sup> Hinsichtlich des nicaraguanischen Bürgerkriegs zeigte Frenz eine differenzierte Haltung gegenüber Menschenrechtsfragen. Einerseits verpönte er die USA für ihre Instrumentalisierung der Menschenrechtssprache, um den Contra-Krieg zu finanzieren. Andererseits tadelte ihn der Staatsrechtslehrer Martin Kriele für seine eher positive Haltung gegenüber den Sandinisten: »Frenz [...] läßt jetzt die in Nicaragua leidenden Menschen, die vielleicht ihre letzte verzweifelte Hoffnung auf die Hilfe von Amnesty International setzte, im Stich.« <sup>106</sup> Das Menschenrechtsverständnis von Frenz, das auch Maximalforderungen wie das Ende der Armut und Arbeitslosigkeit beinhaltete, hob sich von Amnestys Minimalforderungen ab. 1985 trat seine Nachfolge als Generalsekretär Brigitte Erler an, die als SPD-Politikerin ein ziemlich anderes Menschenrechtsverständnis hatte als der Aktivist Frenz. <sup>107</sup>

104 Ulf Baumgärtner: Späte Anklage gegen die Junta, in: Stuttgarter Zeitung, 2.6.1982.

105 Helmut Frenz: Ich glaube an Chile und an seine Zukunft, in: Medico International, Rundschreiben 3 (1983), S. 14.

106 Martin Kriele: Nicaragua – Das Blutende Herz Amerikas: Ein Bericht, München 3. Aufl. 1986, S. 175.

107 Siehe Helmut Frenz: Vorwort, in: Informationsstelle Guatemala e.V. (Hg.): Guatemala: Der lange Weg zur Freiheit, Wuppertal 1981, S. 7 f.; Helmut Frenz/Norbert Greinache/Ursula Junk/Bern Päsche: El Salvador – Massaker im Namen der Freiheit, Hamburg 1981. Unter Erlers Aufsicht wurde die Chile-Koordinationsgruppe unter großen Protesten ihrer Mitglieder 1988 geschlossen. Siehe: Protokoll der Sitzung des Vorstandes vom 19./20.11.1988, in: AAI Ulm, Ordner Korrespondenz NAS + IS + Vorstandsprotokolle Anfang bis 1988.

### *Fazit*

Verglichen mit der Chilebewegung der frühen 1970er Jahre verlief die Argentinienbewegung der späten 1970er nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ anders. Nach dem Putsch im März 1976 waren die Voraussetzungen für eine Solidaritätsbewegung für Argentinien nach dem chilenischen Muster in Westdeutschland nicht gegeben. Inmitten des Terrors der RAF war die Bereitschaft in der Bevölkerung und Politik gering, sich für vermeintlich linke Terroristen in Argentinien einzusetzen. Die Bundesregierung und die bundesdeutsche Botschaft in Argentinien waren von der Notwendigkeit des harten Durchgreifens der argentinischen Militärjunta überzeugt und verwehrten argentinischen Flüchtlingen das politische Asylrecht in der Bundesrepublik. Anders als in Chile setzte sich die sozialdemokratische Regierung kaum für die Inhaftierten und Verschwundenen, ein und auch die deutsche Außenpolitik tat wenig, um deutsche Staatsbürger vor dem Tod in argentinischen Gefängnissen zu retten.

Erst nachdem linke Aktivisten und Amnesty International anfangen zusammenzuarbeiten und die neutrale Sprache der Menschenrechte zu gebrauchen, konnten sie das Interesse der Bevölkerung wecken, wenn auch nur für kurze Zeit. Die Kampagne »Fußball ja, Folter nein!« war das Resultat einer Koalition von linken Aktivisten und Menschenrechtlern, deren Erfolg auf der humanitären Sprache gründete. Allerdings verfehlte die Kampagne eine langfristige Wirkung auf die bundesdeutsche Außenpolitik gegenüber der argentinischen Militärregierung. Diese wurde unter Bundeskanzler Schmidt und Außenminister Genscher weiterhin nach den Grundsätzen der Realpolitik geführt.

Ein »Durchbruch« einer liberalen Menschenrechtsprache aus Politikverdrossenheit oder Entpolitisierung lässt sich bei linken Aktivisten in der Argentinienkampagne nicht erkennen. Deren Gebrauch von Menschenrechtsargumenten war im Einklang mit ihrer sozialistischen Solidarität mit der verfolgten Linken in Lateinamerika. Allerdings förderte die Argentinienkampagne das Image von Amnesty International auf Kosten linker Gruppierungen, die ebenfalls an der Kampagne beteiligt waren, ihren Einfluss aber darüber hinaus nicht ausweiten konnten. Als linke Aktivisten sich ab Ende der 1970er Jahre der Solidarität mit zentralamerikanischen Revolutionären widmeten, verwandelte sich Amnesty immer mehr in eine professionelle NGO und verlor dabei einiges von ihrer früheren »Graswurzel«-Dynamik.